

Verein zur Förderung der Politischen Nachwuchsbildung
in Schleswig-Holstein e.V.

8. Seminarprogramm

Ist globaler Freihandel der richtige Weg?
eine Gegenrede

von

Sebastian Heck

»Ist globaler Freihandel der richtige Weg?« - bereits die Interpretation dieser Fragestellung könnte das Thema einer Seminararbeit sein. Die Frage, welcher Weg denn der »richtige« sei, hängt insbesondere von der Beantwortung der Frage ab, wie »richtig« zu definieren ist und welche Ziele hieraus folgend erreicht werden sollen. Diese Faktoren sind vor einer Bearbeitung des Kernthemas zu definieren oder zumindest ausreichend einzugrenzen. Hierzu kann der Duden zurate gezogen werden; dieser enthält im Wesentlichen drei Bedeutungen des Begriffes¹ „richtig“. So kann er als »dem tatsächlichen Sachverhalt, der realen Gegebenheit entsprechend; zutreffend, nicht verkehrt« interpretiert werden, was meiner Meinung nach auf eine Moralvorstellung abzielt. Ebenso kann richtig »für jemanden, etwas am besten geeignet, passend« bedeuten; in unserer mehrheitlich kapitalistisch organisierten Welt wird hiermit vor allem das Vermehren von Vermögen – sei es nun volks- oder betriebswirtschaftlich – gemeint sein. Schlussendlich kann jedoch auch gemeint sein, ob etwas »in der wahren Bedeutung eines Wortes; nicht scheinbar, sondern echt; wirklich, tatsächlich« ist. Folgend werde ich beleuchten, ob Freihandel einen Beitrag zu einer gerechteren und besseren Welt leistet, ob er geeignet ist, dauerhaft wirtschaftliche Vorteile hervorzubringen und ob der Freihandel tatsächlich ein eigenständiges Mittel von Politik, oder nur ein Mittel zum Zweck ist.

Per Definition ist Freihandel »Austausch von Gütern und Dienstleistungen zwischen [...] Ländern bei Abwesenheit von Zöllen oder sonstigen Handelsbeschränkungen.«² Als Mittel folgt es dem Prinzip, dass »der Wohlstand aller Länder am größten ist, wenn staatliche Beschränkungen des internationalen Handels [vgl.: Protektionismus] beseitigt sind«³, da es nur so einen »freie[n] Wettbewerb [und] einer optimalen Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Volkswirtschaften mit optimaler Produktion«⁴ geben könne.

Ausprägungen hiervon können beispielsweise Freihandelszonen, Zollunionen sowie Wirtschafts- beziehungsweise Währungsunionen sein. Geläufige Beispiele für medial behandelte Freihandelsabkommen der letzten Jahre sind beispielsweise »TTIP« (EU-USA) oder »CETA« (EU-Kanada), in Europa kumulieren sich verschiedene Modelle aus Währungsunion (»Euro-Staaten«), Wirtschaftsunion (EU) und Zollunion (EUCU). Die Idee steht eindeutig in der Tradition eines Liberalismus nach den Vorstellungen von Adam Smith;

¹ <https://www.duden.de/node/158606/revision/464893>

² <https://www.attac.de/kampagnen/handelsabkommen/hintergrund/was-ist-freihandel>

³ Duden Wirtschaft von A bis Z: Grundlagenwissen für Schule und Studium, Beruf und Alltag. 6. Aufl. Mannheim: Bibliographisches Institut 2016. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2016.

⁴ ebenda

entsprechend ist auch der Terminus »Wohlstand aller Länder« keine zufällige sprachliche Überschneidung zu dessen bekanntestem Werk.

Doch kann der Freihandel seine ideellen Versprechen einlösen? Fördern die intensiveren - weil deregulierten - Handelsbeziehungen den gesellschaftlichen und den gesellschaftspolitischen Fortschritt und die individuelle Freiheit, oder, einfacher ausgedrückt: Verbessert sich die Situation der Menschen in den Staaten, die am Freihandel teilnehmen? Sind Freihandelsabkommen also moralisch richtig?

Die aktuelle Bundesregierung jedenfalls wirbt sehr offensiv dafür, dass dies so sei: »*Freier Handel bedeutet Chancen für Unternehmen, für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sowie Vorteile für Verbraucherinnen und Verbraucher.*«⁵ Leider sieht die Realität anders aus – insbesondere, wenn man Arbeitnehmer*in oder Verbraucher*in ist. Betrachtet man beispielsweise CETA, welches weitgehend unter dem Radar des medialen Aufsehens von TTIP bleiben konnte, wird schnell deutlich, wessen Freiheit konkret im Zentrum von Freihandelt steht: Der Investorenschutz soll verhindern, dass Staaten zum Nachteil der Gewinnerwartungen von Unternehmen Gesetze erlassen, selbst wenn diese der Bevölkerung dienen. Dies ist dann der Fall, wenn Mindestlöhne, Tariftreueeregulungen oder eine Erweiterung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte umgesetzt werden würde.⁶ Genauso können auch höhere Umweltschutzaufgaben – das Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft, von Fracking, von Flächenversiegelung, usw. – dazu führen, dass der Investorenschutz von Unternehmen geltend gemacht wird.⁷ Und selbst in den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand wird eingegriffen; Rekommunalisierung oder die Aufrechterhaltung der Aufgabenerbringung durch kommunale Einrichtungen werden erschwert, der Druck zur Privatisierung wird deutlich erhöht.⁸

Halten wir fest: All diese Punkte könnten von Unternehmen für eine Klage genutzt werden, ohne dass Ihnen ein nachweislicher Schaden entstanden ist. Der Schadensersatz für diesen nicht eingetretenen Schaden wird nicht vor einem ordentlichen Gericht, sondern vor einem dedizierten Investitionsgerichtssystem verhandelt. Gleichzeitig muss die lokale Bevölkerung damit rechnen, dass ihre Regierung im »vorausseilenden Gehorsam« Umweltschutzstandards nicht oder nicht ausreichend erhöht, Arbeitnehmerrechte nicht mit dem technischen und gesellschaftlichen Fortschritt schritt halten und der Betrieb eines Krankenhauses durch eine Kommune undenkbar wird, damit Konzerne maximale Gewinne erzielen können. Welche

⁵ <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/freihandel-318088>

⁶ <https://www.vorwaerts.de/artikel/ceta-rechte-arbeitnehmer-mehr-geschuetzt>

⁷ <https://www.attac.de/kampagnen/handelsabkommen/individuelle-handels-und-investitionsabkommen/ceta>

⁸ <https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/ceta/>

Chance auf wessen Fortschritt soll sich hier bieten? Klar scheint, dass zumindest philanthropische Motive bei Freihandelsabkommen keine Rolle spielen. Das Brecht'sche »Erst kommt das Fressen, dann die Moral« wird in diesem Fall ad absurdum geführt; es wird nicht aufgrund der, sondern gänzlich ohne Not auf sie verzichtet.

Aber Moral mag generell ein Anachronismus sein, die Frage muss aber dennoch lauten:

Profitieren alle beteiligten Staaten vom Freihandel gleichermaßen und erreichen damit Wohlstand? So ist zumindest das zentrale Versprechen des Freihandels und seiner Befürworter. Hierzu sollte man sich vor allem Fälle ansehen, die nicht dem Ideal von Neoklassikern entsprechen – jedes System kann erst dann als funktional gelten, wenn es auch außerhalb von Laborbedingungen funktioniert.

So ist beispielsweise bei Konstellationen, in denen Staaten mit teils erheblichem Entwicklungspotential auf hochentwickelte Industrieländer treffen, nahezu keine verlässliche Vorhersage möglich, ob sich Freihandel wirklich vorteilhaft auf die Wirtschaft beider Länder auswirkt. So führte beispielsweise das Freihandelsabkommen NAFTA in Nordamerika zu erheblichen Verwerfungen innerhalb des mexikanischen Agrar- und des US-amerikanischen Industriesektors. Zu wenig konkurrenzfähig war die Landwirtschaft in Mexiko gegenüber insbesondere dem in den USA hoch subventionierten und industriell hergestellten Mais.⁹ Zu attraktiv war es aufgrund der niedrigen Löhne für die US-amerikanischen und europäischen Autohersteller sowie deren Zulieferer, ihre Produktion für den nordamerikanischen Markt in Mexiko an- oder nach Mexiko umzusiedeln. Die Folge: Mexikanische Landwirt*innen sowie US-amerikanische Arbeiter*innen verloren ihre Existenzen, ohne dass dies durch die in anderen Sektoren neu entstandenen Arbeitsplätze aufgefangen wurde. Die Kaufkraft in beiden Ländern sank.¹⁰

Noch drastischer zeigen sich die potenziellen negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft bei den sogenannten »Economic Partnership Agreements« zwischen der EU und einer Vielzahl von Staaten auf dem afrikanischen Kontinent. *»Die landwirtschaftliche und industrielle Produktion der afrikanischen Länder wird der Konkurrenz mit den wettbewerbsfähigeren und oft stark subventionierten Produkten aus der EU ausgesetzt, was die Möglichkeiten einer regionalen Entwicklung und Integration einschränken wird.«* - so stand es in einem Aufruf eines Zusammenschlusses zivilgesellschaftlicher Organisationen an die Abgeordneten in der Europäischen Union und in Afrika, der dazu diente, diese Abkommen zu stoppen,¹¹ um die zu

⁹ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/handelsstreit-zwischen-usa-und-mexiko-armut-auf-beiden-100.html>

¹⁰ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/ueber-20-jahre-nafta-abkommen-in-mexiko-zwischen-vw-und-100.html>

¹¹ https://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/ttip/EPA_EU-Westafrika_Appell.pdf

erwartenden wirtschaftliche Schäden in den afrikanischen Staaten zu begrenzen – letztlich ohne Erfolg. Dank Abkommen wie diesen ist es zum Beispiel wirtschaftlich günstiger, in der EU mit Subventionen gestütztes und unter fragwürdigen Bedingungen »hergestelltes« Hähnchenfleisch nach Afrika zu exportieren, als dort eine eigene Produktion zur Versorgung der Bevölkerung einzurichten und dort Arbeitsplätze zu schaffen.¹² Die andauernde lokale Wirtschaftskrise produziert und reproduziert Existenznöte und nimmt damit die Schaffung von Fluchtursachen zumindest billigend in Kauf – auch diese Fluchtbewegungen wirken sich negativ auf die dortigen Wirtschaftskreisläufe aus.

Freihandel garantiert eben nicht allen beteiligten Staaten Wohlstand und Entwicklung; vielmehr ist die Mehrheit der heutigen Industrienationen maßgeblich durch Protektionismus in die Lage versetzt worden, die eigene Entwicklung zu schützen, solange diese noch Entwicklungs- und Schwellenländer waren.¹³

Wenn also weder die bessere Welt errungen noch Wohlstand für alle erreicht werden kann: **Warum wird der Freihandel vom Mainstream der Politik gepriesen?** An mangelnder Erkenntnisfähigkeit werden die meisten Kolleg*innen nicht leiden; insofern scheiden entschuldigende Umstände in den meisten Fällen als Begründung aus. Wie also nähert man sich der Wahrheit hinter subjektiv rational nur schwer erklärbaren Verhaltensmustern, ohne sich in Verschwörungsmythen zu verlieren? Man muss mit dem Arbeiten, was bewiesen werden kann.

Als ein Erklärungsansatz kann hier die teilflächendeckende Ideenlosigkeit und der Unwille zur Gestaltung vom konservativen bis ins mittige Politikspektrum angeführt werden. Mit dem Satz »*Wer Visionen hat, sollte lieber gleich zum Arzt gehen*« prägte Helmut Schmidt einst den Bundestagswahlkampf 1980 und bezog dies auf den Progressiven Willy Brandt. Die von der Ära Merkel geprägte »Alternativlosigkeit« schaffte es sogar zum Rang des Unworts des Jahres 2010, weil es politische Debatten über Motive, Vor- und Nachteile sowie Alternativen im Keim erstickt.¹⁴ Da ist es wenig überraschend, dass sich die Vielzahl der Politiker*innen endgültig im herrschenden globalen Kapitalismus eingelebt hat. Einem Kapitalismus, in dem es unter dem Druck eines ständigen Wachstums immer jemanden geben muss, der verliert, damit ein anderer gewinnen kann. Einem Kapitalismus, in dem es heißt: Wir oder die. Ein Kapitalismus, in dem eben erst das Fressen, und dann die Moral kommt. Ohne Visionen können sich nur noch wenige vorstellen, diesem Kreislauf zu entkommen und die weniger

¹² <https://www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/2017-eu-haehnchenfleisch-ueberschwemmt-afrikas-maerkte/>

¹³ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/freihandel-als-projekt-der-maechtigen-eine-kleine-100.html>

¹⁴ <https://www.deutschlandfunkkultur.de/das-totschlagargument-100.html>

populäre Antwort zu geben: Dass es unser und das Leben anderer lebenswerter macht, wenn wir in manchen Fällen Protektionismus anwenden und zulassen und dass das eigene Wirtschaftswachstum nicht auf Kosten anderer durchgesetzt werden sollte.

Ein weiterer Erklärungsansatz ist das stetig wachsende Netzwerk aus illegaler und legaler Einflussnahme auf die Entscheidungsträger*innen. Der »Drehtüreffekt«, also der Wechsel von Regierungsverantwortlichen in die Wirtschaft, Beratungsverträge sowie Sponsoring und „Spenden“ sorgen spürbar zu einer Verschiebung der Prioritäten. Es wäre vermessen zu behaupten, dass eine politische Partei hiervor gefeit ist; gleichwohl ist definitiv eine Ungleichverteilung im politischen Spektrum wahrzunehmen. Dass die Beteiligten bei Skandalen wenige bis keine Konsequenzen zu fürchten haben, senkt die Hemmschwelle erheblich. Als jüngste Beispiele können hier die »Aserbeidschan-Affäre«¹⁵ oder die »Masken-Affäre«¹⁶ dienen. Erschwerend hinzu kommt das völlig intransparente und unausgewogen organisierte System des Politiklobbyismus. Einfach ausgedrückt gilt: Diejenigen mit Geld – Konzerne, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände – bekommen verstärkt Zugang zu Politik und Mitbestimmung bei Gesetzesvorhaben, während Gewerkschaften, Umweltschutz- und Sozialverbände außen vor bleiben. Leider gilt auch: Diejenigen, die sich so ein Vorkaufsrecht auf Politik sichern, haben kein Interesse an Arbeitnehmer- oder Verbraucherrechten und erst recht nicht an globalem Wohlstand.

Schlussendlich setzt sich mit dem Druck, den globalen Freihandel voranzutreiben, der, zumindest in der »westlichen Welt« historisch kaum aufgearbeitete Kolonialismus in Auszügen fort; anstatt militärisch und organisatorisch wird der Imperialismus¹⁷ nun wirtschaftlich fortgeführt. Wie dadurch Machtgefüge und Abhängigkeitsverhältnisse – auch verstärkt durch den Anreiz des Freihandels – entstehen, kann tagesaktuell am Beispiel der deutschen Energieversorgung beobachtet werden.¹⁸

Was bleibt also als Konsequenz? Wenn Kritik nicht populistisch, sondern politisch sein möchte, muss sie nicht nur aufzeigen, was »schief läuft«, sondern auch aufzeigen, »wo es lang geht«. Nicht »Ist globaler Freihandel der richtige Weg?«, sondern »Was ist der richtige Weg für freien Handel?« muss daher die Frage lauten.

Eine Perspektive für den freien Handel muss aus mehreren Komponenten bestehen.

Zunächst einmal muss sichergestellt werden, dass Freihandelsabkommen transparent verhandelt werden und Transparenz schaffen. Absprachen in Hinterzimmern und

¹⁵ <https://www.dw.com/de/wie-funktioniert-das-system-aserbaidshans/a-56854642>

¹⁶ <https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-maskenaffaere-nuesslein-sauter-1.5467427>

¹⁷ <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320510/imperialismus/>

¹⁸ <https://taz.de/Abhaengigkeit-von-russischen-Rohstoffen!/5836557/>

Geheimnisse sorgen nur für Skepsis und Ablehnung.¹⁹ Auch der Einsatz von privaten und intransparent handelnden Schiedsgerichten, die gleichzeitig Staaten zu empfindlichen Geldstrafen verurteilen können, müssen ausgeschlossen werden.²⁰

Als nächstes dürfen gesellschaftliche Errungenschaften – seien es bestehende oder künftige – unter keinen Umständen durch den Freihandel beschränkt werden. Wenn die Politik in Vertragsstaaten die eigene Handlungsfähigkeit einbüßt, weil Wirtschaftsinteressen höher priorisiert werden, führt die im schlimmsten Fall zur Ablehnung, im besten Fall zur Belustigung. Der Fall der längst zurückgenommen »Gurkenverordnung« ist ein Beispiel dafür, dass diese sich tief ins kollektive Gedächtnis einbrennen. Was für ein Fanal wäre, wenn Meilensteine wie die Tageshöchst Arbeitszeit, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlter Urlaub wegen CETA nicht mehr umsetzbar wären.²¹

In letzter Konsequenz muss auch die Erkenntnis stehen, dass es Konstellationen gibt, in denen Freihandel für die beteiligten Länder schädlich ist. Weichen die Rahmenbedingungen in den beteiligten Ländern – sei es der Entwicklungsstand der Industrie, die Lohn- und Arbeitsbedingungen oder die Ressourcenvielfalt – erheblich voneinander ab, wird unweigerlich schädlicher Druck auf den jeweils anderen Vertragspartner bestehen. Gibt es stärkere und schwächere Partner, so werden die stärkeren immer die schwächeren kannibalisieren. Im Zweifelsfall ist es für alle sinnvoller, Märkte nicht zu öffnen oder sogar stärker zu schützen.

Wir haben es leider als Menschheit fertiggebracht, die Idee der Globalisierung und des Freihandels zu entwickeln, bevor wir mehrheitlich erkannt haben, welche Hürden diese Instrumente mit sich bringen und wie ihnen zu begegnen sind. Globalen Freihandel, der zum Vorteil aller Menschen ist, kann es nur mit internationaler Solidarität geben. In diesem Sinne:

» Hoch die internationale Solidarität!«

¹⁹ <https://sz.de/1.2976495>

²⁰ Diskussionen um TTIP light - "Schiedsgerichte sind ein hochgefährliches Instrument"

²¹ <https://www.dgb.de/themen/++co++0d26d074-7eb9-11e4-854b-52540023ef1a>